

Zusland.

Zur Revision des Dreyfus-Prozesses.

Unkennnter um das Aufgehörte Drumont's und Rochefort's scheidet die Regierung auf der Bahn der Revision fort. Der Kolonialminister Trouillot besaß gestern telegraphisch eine erhebliche Wüthung in der Behandlung von Dreyfus, insbesondere befaß er die Wiederprüfung des Gitters, das der frühere Kolonialminister Lemon erdichtete. Gestern hielt derselbe die Revisionskommission eine Vorberatung ab. Zunächst subirt der Sekretär Couturier das Altematerial für den mündlichen Rapport. In den ersten Oktobertagen wird unter dem Vorsitz des Justizministers die entscheidende Sitzung stattfinden. Dann beginnt die Arbeit des Affationshofes, für den, wie verlautet, johlen diebessigliche Ordres bereits ergangen sein. Auch Estérog's Bemerkung gilt für unumgänglich. Er soll sich nach mehrtägiger Londoner Aufenthalt wieder in der Umgebung von Paris aufhalten. Er läßt durch die „Vibre Parole“ sein angelegtes Gehör mit einem Londoner Journalisten und die Erklärung, der größte Theil des Dossiers sei gefälscht, dementiren.

Der Herzog von Orleans hat ein Manifest veröffentlicht, worin er sagt: Die Minister haben sich zu Mitschuldigen an dem Komplott gegen das Vaterland gemacht. Trotz der Versicherungen mehrerer Kriegsminister anerkennen sie nicht Dreyfus' Schuld, weigern sich, die Kammer zu betragen, und haben doch jedoch die nationale Frage entschieden. Sie suchen zu ihrem Vortheile ihre in der Kammer abgegebenen Erklärungen zu trawessiren, daß wir Herren in unserem Hause sind. Unter dem Vorwande, die Unschuld eines Mannes, der als Verdächtig verurtheilt worden ist, festzustellen, will man die Krone vernichten und verderben. „Franzosen,“ heißt das Manifest, „das werden wir nicht zulassen!“

Die Jahresversammlung des Fremden- und Konvents naben in ihrer gestern verhaltenen Sitzung abgehaltenen ersten Sitzung einstimmig eine Resolution an, in welcher sie das Ministerium Wilson zu besten Salbung in der Dreyfus-Auslegenheit begnadigt und sich verpflichtet, dasselbe zu unterstützen zur Bekämpfung der großen Grundzüge der Revolution, welche die Freiheit aller Bürger vor dem Gesetz ohne Unterschied der Rasse und der Religion festsetzt.

Wilson erklärte seinen Parteifreunden gegenüber, alle Generale, die sich erhoben hätten, in der Dreyfusfrage öffentlich gegen die Revision anzutreten, würden streng gemäßig regelt werden.

Oesterreich-Ungarn.

Der Kaiser erstellte gestern dem von Reichsrathe bereits vor anderthalb Jahren beschlossenen Gesetze betr. die Erhöhung der Beamtengehälter die Zustimmung. Die erhöhten Gehälter gelangen schon vom 1. Oktober ab zur Auszahlung; die Erhöhung macht etwa 13 Millionen Gulden jährlich aus. Der Finanzminister erklärte früher wiederholt, die Erhöhung werde erst eintreten, wenn die neue Zucker- und Branntweinsteuer bewilligt sei; diese Forderung scheint nunmehr fallen gelassen.

Der Kaiser präsidirte gestern bereits dem Ministerrath, der sich mit der Wohnungsbeschaffung, wie das Abgeordnetenhause wieder abgetheilt zu machen wird. Am Nachmittage des 21. d. M. kam eine Sitzung mit dem Reichsrathe im Reichthum; ein neuer Verständigungsbericht mit der Opposition soll geplant sein.

In der Solbuzverwaltung in Wien, deren Inneres Schwarz verhängt war, wurden gestern nachmittag die Wahlen für Kaiser in Elbad abgehalten. Bei denselben waren außer dem Kaiser die Erzherzöge und Erzherzoginnen anwesend, ferner die Herzogin von Württemberg, Prinz und Prinzessin Leopold von Hohen, die gemeinlichen sowie die österreichischen Minister, der ungarische Ministerpräsident Baron Kossuth und Minister Baron Fejervary, der hohe Adl, die Spitzen der Behörden und die Generallität. Nach Beendigung der Wahlen begab sich der Kaiser in die Wohnung, von wo er um 6 Uhr abends nach Schönbrunn zurückkehrte.

800 Südtiroler und kroatische Arbeiter demonstrieren gegen die mit ihnen beim Bahnbau L'oplika-Waldenberg beschäftigten Italiener. Sie sagen unter Vorwande einer unwürdigen Fohne, Trauerkleider tragend, durch die Luthardt Christofobrand und unter Verleihen der Italiener, welche in den Wäldern nachhaken müßten, es sei kein zu erhaltend Ausbreitung. Genbramerie wurde requirirt. Die Unruhen dauern fort.

Spanien.

Von tausend spanischen Soldaten, die auf dem Dampfer „San Jago“ von Kuba nach der Heimat zurückgeschickt wurden, haben während der Fahrt 128 an Typhus erkrankt und sind für diese Todesfälle dem Untande an, daß die meichensfreundlichen Amerikaner, die beunruhigt den Krieg nur begonnen haben würden, um die armen Spanier zu befreien, in ihre eigenen Kranten in den Spitalen unterbringen zu können.

Niederlande.

Das in der Presse verbreitete gewisse Gerücht von einem der Königin Wilhelmina Ende August während ihres Aufenthalts in Sestri bei gegangenen Zwischenfall wird aus dem Doga nochmals offiziell als völlig grundlos gerichtet. Es sei weder der Königin noch ihrer Hofdame irgend etwas passiert, was das Gerücht erklären könnte.

Bulgarien.

Bei den Ergänzungsarbeiten zur Sorbanie für 9 Deputirten in 7 Wahlkreise siegte die Regierung; es wurden dringende Kandidaten der Nationalpartei gewählt, darunter in Sofia der Justizminister Janew; Kadoslawow ist bei der Wahl unterlegen. Die Wähler haben sich nach dem neuen Wahlsystem, unter der Kontrolle der Richter und der Kandidaten vollzogen. Drei Viertel der Wähler der Opposition übt ihr Wahlrecht nicht aus. Die Ordnung wurde nirgends gestört.

Türkei.

Nach einem Telegramm aus Kandia ließ Schem Pascha durch Akromentschide und öffentliche Unterhändler der Bevölkerung in Pilsch-Kreis mit der Frage der Schaffung eines Besatzungsbataillons in Vranisch, Krieken und Krieken beauftragt. Nach dem vorliegenden Pläne sollen außer dem bereits beauftragten Erzerum noch Man, Bitlis, Diarbek und Sinas Befestigungen erhalten.

Äthen.

Eine wohlthätig internationale Selbsthilfe hat sich der Kaiser von Rom zuergewogen. Wenn Amerikaner, neun Engländer, fünf Deutsche, fünf Franzosen und zwei Russen, welche

in Schanghai als Selbsthilfe angeworben wurden, sind in Soul eingetroffen. Aus Washington wird gemeldet, daß dort vom chinesischen Gesandten ein Kontrakt mit der chinesischen Regierung unterzeichnet wurde, der einer amerikanischen Gruppe die Konzession für den Bau einer Eisenbahn von Kanton nach Hankow gewährt.

Nordamerika.

In dieser Woche wird die kanadisch-amerikanische Konferenz zu Quebec ihre Beratungen wieder aufnehmen. Es heißt, daß ein neuer Vorschlag bezuglich Regelung der Alaska-Grenzkontrovée hinsichtlich auf Annahme habe. Dieser Vorschlag soll den Schiedsrichter dieser Staatsänner antreten, deren Unparteilichkeit zur Genüge beobachtet worden ist, das seines Hines resp. Länder in Interesse in den Vereinigten Staaten oder in Kanada besitzt. Ihre Aufgabe würde in der Bestimmung eines Kompromisses auf der Grundlage bestehen, daß Kanada vor dem Vertheile eines Gebirges bewahrt bleibt, während den Vereinigten Staaten jezeit ein freier Zugang zu dem Queen's Channel zu ihrem Nutzen.

Mittel- und Südamerika.

Die mexikanische Deputirtenkammer wurde am Sonntag in Mexiko eröffnet. Der Finanzminister erklärte, im Rechnungsjahre 1897/98 hätten die Einkünfteinnahmen aus Steuern 2,500,000 Pesos betragen, d. h. über 2,000,000 mehr als im Vorjahre.

Galle und Umgebung.

Galle, 20. September.

Der Entscheid des Justizministers in Bezug auf den Verkauf des alten Schulgrundstückes auf der Poststraße zu Langbergszwecken ist nunmehr ergehen. In geringer Stadterweiterung machte der Oberbürgermeister Stauder die entscheidliche Mittheilung, daß ihm jedoch ein Schreiben des Landgerichtspräsidenten Dr. Schönitz zugegangen, nach dem der Justizminister die von den hiesigen Behörden dem Justizminister gemachte Kaufofferte von 600,000 Mark acceptirt habe. Nach dieser Offerte gehen die alte Schule und einige auf der Poststraße resp. Großen Sandberg gelegene Grundstücke letztere werden von der Stadt angekauft) in den Besitz des Justizministers. Der Landgerichtspräsident ist ermächtigt, sofort den bezüglichen Vertrag mit der Stadt abzuschließen, nachdem einige kleine unwesentliche Bedingungen die stadtbekanntliche Genehmigung gefunden. Der Oberbürgermeister nahm hierbei Gelegenheit, dem Herrn Landgerichtspräsidenten für seine großen Bemühungen, die vieler für die Stadt so schwerigen Angelegenheit, die namentlich in einer so überaus glücklichem Lösung geendet. Die auf den städtischen Grundbesitz das dem Oberbürgermeister ausverkauft, daß er sich anlegen lassen werde, mit allen Kräften darauf hinzuarbeiten, daß womöglich schon in nächster Reichthausgaltsetat die erste Rate der Kosten eingestelt wird. Die Ausführungen des Oberbürgermeisters wurden von den Stadtverordneten mit lebhaftem Beifall entgegengenommen.

In öffentlicher Stadterweiterung Schmale wurde der Zugführerplan der Mauerstraße nach den Beschlüssen der Stadtverordneten vom Jahre 1890, allmählich Niederlegung der Grundstücke Mauerstraße 18-21, weiter eine kleine Fundamentresten an der Südseite dieser Straße, von den Häusern 27, 28 und 29, die als dreieckig-förmigen Grundstücke 15,000 M. aufgeworfen. Die auf den städtischen Grundbesitz befallige Petition Häusel wird für erledigt erklärt.

Gegen die Einsetzung des Entengungsbefahrens über einen Theil des an den Grundstücken Mauerstraße 99 und 101 zur Straße entfallenden Landes und die Verlichung des Fonds für Filialen und 2 Lotterien um 600,000 M. zum Zwecke der Veranschlagung von 500,000 M. gegen die Veranschlagung einer Vorarbeiten für einen städtischen Hilfsarbeiter des Magistrats auf vorläufig 6 Monate (500 M.). Die Entlassung der Rechnung der Erwerbungs-Einstellung für 1896, der Rechnung über die Rubeberg-Einstellung für 1896/97 und der Stadtbücherei für 1896/97 sind eingekommen, die der Rechnungs zweier Wohnungen in den Häusern Schmalestraße Nr. 2 und 3 genehmigt und ebenfalls ohne Debatte die Veranschlagung einer Vorarbeiten am Südriesehof.

Die beabichtigte Zustimmung zur nachträglichen Ertheilung eines Baukonzusses für das Haus Große Steinstraße ertheilte die Versammlung gleichfalls.

Die Durchbrechung des 10. Wiener Jahresgebirgs (Paris) ist jetzt lehren der Stadtbüchereiverwaltung gelegentlich der Legung des Doppelgleises auf der Großen Steinstraße erfolgt. Dort ist der Verkehr von der kleinen Steinstraße bis zum Postbahnhof in Schmale bis dahin, daß die Bahnlinie diese Straße zu Fuß durchziehen müssen. Wenn sie dann den neuen Wagen besetzen, ergeht gegen die Erwartung an sie vom Wagenführer die Aufforderung, nochmals 10 Pf. zu zahlen und dieser sind, wie man uns schreibt, alle Schwerverden dagegen von den Wagenführern zurückgewiesen worden, mit dem Hinweis auf die bezügliche besondere Anweisung seitens der Bauverwaltung.

Verhaftung. Sonntag vormittag wurde in Eichen der Arbeiter Fritz Freund aus Halle, welcher sich auf dem zur Zeit dort stattfindenden Waisenmarkt aufhielt, wegen Unterschlagung verhaftet und in das Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert.

Provinzialnachrichten.

* Hoftheater, 18. Sept. [Am Streit erschossen.] Gegenlässlich einer Konzertsitzung in einem diesem Gefolge geleiteten der frühere Balletmeister Strumpf und der Jutternicht Wihl. Förderer in Streit, der auf der Straße bis zu der in der Rosmarinstraße gelegenen Wohnung des Strumpf fortgelagert wurde. Während Körner auf der Straße stand und Strumpf aus dem Fenster seiner in zweiten Stockwerk gelegenen Wohnung aus, wurde der Wortkampf fortgesetzt, der schließlich dahin führte, daß Strumpf ein mit einer Kugel geladenes Revolver (6 mm) auf Körner abschoß. Die Kugel drang tiefem in den Kopf und durchschlug die Brusthöhle. S. drack unruhig und verschied. Es geschah dies gegen 7, Uhr morgens. Der Erschossene war vielfach verheiratet; er war verheiratet und Vater eines Kindes. Strumpf ist verhaftet.

* Arren, 19. Sept. [Abgeleitete Eisenbahn.] Die projektirte Bahnhöfe Arren - 3. hiesige Hiesige Bahnhöfe hiesiger des Geheimerathes des Eisenbahnministeriums nicht gefunden, weil sich das hiesige Ministerium zu Hindernisse dem Projekt gegenüber abnehmend verhalten hat.

* Wadepburg, 19. Sept. [Großfeuer.] Am Sonntag abend wurde die Feuerweh durch die Wadepburg „Großfeuer“ abgemitt. Auf dem Grundstück Angeltstraße 60 fanden die beiden, rechnerisch annähernd gleichenden Kohlenkuppen mit ihrem Inhalt von Kohlen, Kienholz, Wispe, Hasel, sowie anderen Auszubeh in Wadepburg. Die auf dem Hofe stehende

härtesten Parteien und sollte diese in der freien Entfaltung ihrer Kräfte gegen die sozialdemokratischen Bestrebungen gekämpft, nicht aber die agitatorische Kraft des Gegners.

Den 10. Wiesenerparagrafen haben wir zurückweisen müssen, getragen von der festen Überzeugung, daß die in der Beratung gemachten Vorschläge die Vertheidigung aller Staatsbürger nicht werden können.

Am 10. bereitwilliger haben wir denjenigen Gesetzesvorschriften der Regierung unsere Unterstützung zu Theil werden lassen, welche sich als Verwirklichung unserer eigenen, seit Jahren vorgedachten Anzügen und Forderungen darstellen. So ist unter unserer Unterstützung das Gesetz über die Bildung von Landgemeinden gekommen. Die Haupten sind in ihrem Dienst kommen abgeschafft, die Revisionen für ihre Unterbreitungen sind erhöht, die Gehaltsbefugnisse der Weislichen sind neu geregelt, und zur Verhinderung des bevorstehenden Kreditbeherrschers der Landwirthschaft und der kleinen Gewerbetreibenden ist die Zentralbank gesetzlich als Kaffe eingerichtet. In gleicher Weise konnte durch reichlich zur Verfügung stehende Mittel die Ausdehnung unserer Schenkeranleihe, der Bau von Kleinbahnen, die Friedfertigung von landwirthschaftlichen Molkereien, die Bildung von Landgemeinden durch Schwenker, den Wohlstand der Bevölkerung, die Errichtung von Schulen, die Errichtung von Wäldern und die Schaffung geeigneter Arbeiterwohnungen für die Staatsbetriebe nach den Forderungen der Regierung bewilligt werden.

Unter Finanzangelegenheiten ist wohlgebildet. Es hat durch die Konzentration der Anleihen, durch Wiederbefugigung aller obligatorischen Schuldenrückstellungen und durch die Verschärfung der Grundbesitzsteuer für den Staatshaushalt (Komplabilitätsgesetz) eine noch festere Grundlage gewonnen. Aber wesentlich ist die weitere Sicherung gegen die Schwankungen, die stets wiederkehren müssen, so lange die Finanzen der Einzelstaaten von denen des Reiches abhängig sind und die der Reichsfinanzen zur Hilfe zu haben. Die Zentralbank und die Errichtung von Staatsbanken verwandt werden. Wir betonen auch unsere Forderung einer ausgebreiteten Trennung und festen Abgrenzung im Interesse der finanziellen Ordnung und der volkswirtschaftlichen Aufgaben des Staatshaushalts.

Die Infolge der Steuererleichterung eingetretene Verschärfungen der in der Zentralbank und Gemeindefinanzen sind die Förderung einer, der Gerechtigkeit entsprechenden Reform immer dringlicher hervorgetreten.

Wir verlangen ferner eine sichere Abgrenzung der Befugnisse der staatlichen Vollziehung gegenüber den Rechten der Selbstverwaltung wie des einzelnen Bürgers. Die Ausführung der Staatshaushalt und wirtschaftlichen Aufgaben handelt, hoffen wir auch in der folgenden Legislaturperiode die Regierung in fördernder Mitarbeit unterstützen zu können. Zunächst möge sie das Verprechen der Aufbesserung des Dienstvermögens der Arbeitenden erfüllen. Wir werden nicht zögern, bis hierin das Beste zu erreichen. In der Hinsicht, was die Zwecke und die vornehmsten Aufgaben sind, die in der Staatsbetriebe zur Verbesserung der Lage der Arbeiter gesehen kann, bedarf uns so mehr der festen gemeinsamen Erwägung, als der Einzelnen wesentlich die Aufgabe ist, durch das Mittel einer wirksamen Arbeitervereinigung die auf die Besorgung der sozialen Fragen und wirtschaftlichen Bestrebungen der Reichsbürgerschaft zu ergehen. Geeignete Maßnahmen der Staatsregierung zur größeren Sicherung der in den Bergwerksbetriebe beschäftigten Regionen werden wir unterstützen.

Unter aufmerksamer Beobachtung der wirtschaftlichen Entwicklung sind auch im Einzelnen darauf Bedachten hinunter werden. einen gesunden Mittelstand in Handwerker, Gewerbe und Handel zu erhalten und thätig zu fördern. Die von unserer Partei ausgegangene Anregung eines Schutzes der Bauhandwerker in den größeren Städten ist weiter zu verfolgen.

Die Steuerpolitik, die auf der Selbstverwaltung beruht, eine gerechtere Vertheilung der Steuerlasten bewirkt hat, werden wir in den grundsätzlichen Bestimmungen für abgeschlossen, wir werden aber den bürokratischen Belastungen bei der Handhabung dieser Gesetze auch in Zukunft entgegenzuerufen. Für die Durchführung der kommunalen Steuerreform muß behufs weiterer Anpassung an die besonderen Verhältnisse und Interessen der einzelnen Gemeinden ein entsprechender größerer Spielraum gewonnen werden.

Viele Gemeinden, namentlich Land- und kleinere Städtegemeinden, sind noch immer, zum Theil in gefahrvoller Lage, zu erhalten; ihnen haben die bisherigen Maßnahmen bei weitem nicht hinreichende Gewährleistung gebracht. Hier ist die Abhilfe in der Reihenvertheilung auf breitere und tragfähigere Verbände für Schulen und Armenpflege zu suchen. Die Bestimmungen über die Unterhaltung der Volksschule sind vielfach veraltet und entsprechen weder der Zeilungsfähigkeit der Bevölkerung noch den Anforderungen von Recht und Billigkeit, sie müssen durch Gesetz geändert werden. Die Entwicklung unserer Eisenbahnen muss durch ein schnelleren und energischeren Gang und darf nicht durch falsche Rücksichten gehemmt werden. Die Sicherheit des Verkehrs und die Anpassung an die Verkehrsbedürfnisse stehen in erster Linie.

Demio verlangt unsere Verkehrsentwicklung bringend den Verkehr in der Provinz, der Wegen und Landwege Ausbesserung großer, dem wirtschaftlichen Interesse des Landes dienender Kanäle muss als eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Zukunft angesehen werden.

Die oft zurückgetretene, für alle Volkstheile wichtige Heizungsreform hat der nächste Landtag endlich zum Ziele zu bringen.

Bei der von uns dringlichst betonten Förderung der allgemeinen Wohlfahrt dürfen wir auch nicht gegen, die Kulturbedürfnisse zu pflegen, und so die Grundlagen des volkswirtschaftlichen Wohlens zu festigen. Unsere Unversitäten und technischen Hochschulen, unsere höheren und niederen Schulen und unter Fach- und Fortbildungsschulen für Stadt und Land haben bei der gesteigerten Leistungsfähigkeit des Staats vollen Anspruch auf verstärkte Beistellung. Im Deutschen Reich ist der Einzelstaat zur Pflege höchster idealer Aufgaben besonders berufen, und wir haben in ihm der Wissenschaft und der freien Entfaltung ihrer Kräfte die Mittel zu sichern und zu erweitern. Auch die Kunst auf allen ihren Eiten haben wir zu fördern in der Lösung ihrer hohen Aufgabe, den Volkselementen zu veredeln und unsere glanzvolle Geschichte aufleben zu lassen.

So möge unsere Arbeit dahin gerichtet sein, die Kräfte des Volkes zu sammeln, das Gerechte auszubauen und die sozialen und wirtschaftlichen Forderungen der Gegenwart zu erfüllen und ihrer Lösung entgegenzustehen. Dazzu bedarf es vor allem des gesicherten Einsusses, den die liberale Mittelpartei bisher geltend machen konnte. Sache der Wähler ist es, durch Wahl von unabhängigen Männern diesen Einfluss zu erhalten und zu verstärken. Erneute Wahlen sind zu überwinden. Von Reichthum will kein Centrum, die „regierende Partei“ in dem hiesigen Reichthum, die die Regierung wie die Landesverwaltung in Preußen. Und im Abgeordnetenhause selbst haben die Konserverativen schon jetzt den Geist der Wähler. Die wirthschaftlichen Bestrebungen ist Thür und Thor geöffnet!

Am dieser Erklärung einer ruhigen inneren Entwicklung vorzugehen, werden wir zunächst in den hiesigen, einschließlichen Sinne und voll Zuversicht in den hiesigen, einzutreten und treue Anhänger der national-liberalen Partei wählen. Hande jeder auf seinem Posten nach besten Kräfte zum Segen des Landes!

Berlin, den 18. Sept. 1898.

